



BERLININFO

NR. 1

20. Januar 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche ist der Deutsche Bundestag das erste Mal im neuen Jahr zusammengetreten. Dabei lag ein Schwerpunkt auf den furchtbaren Anschlägen in Berlin, denen wir zu Beginn der Plenardebatte gedacht haben. Die Sicherheit der Menschen in diesem Land, muss der Kern politischen Handelns sein.

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert hat es in seiner Gedenkrede richtig gesagt: "Terror ist nie religiös, Terror ist politisch - und die Antwort darauf muss auch politisch sein." Dabei sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, dass die Einschränkung von Grundrechten zu mehr Sicherheit führt, wie nachweislich in der Türkei zu sehen.

Ihre

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Hass im Netz: richtige Antworten auf Herausforderungen finden !

Am Mittwoch haben wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Dunja Hayali (ZDF), Axel Wallrabenstein (MSL Germany), Prof Dr. Schwartmann (Kölner Forschungsstelle für Medienrecht), Eva-Maria Kirschsieper (Facebook) und Prof. Simon Hegelich (Technischen Universität München) über Hass und Lügen in den sozialen Medien gesprochen. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Eine Demokratie muss auch kritische Töne aushalten können. Grundlage dafür sollte ein respektvoller Umgang miteinander sein. Dazu zählt aber nicht, Andersdenkende zu beleidigen oder gar zu bedrohen. Das gilt in der analogen Welt und muss auch im Internet gelten. Hass und Hetze in sozialen Netzwerken darf aber keinesfalls dazu führen, dass der Staat Freiheitsrechte seiner Bürger einschränkt. Die spannende und erkenntnisreiche Diskussion wird der Union helfen, die richtigen Antworten auf die Herausforderungen zu finden.



Gespräch zu Datenschutz-Assistenten

Am Mittwoch habe ich mit Experten über das Thema Verbraucherdatenschutz im Internet gesprochen. Der Konflikt für den Verbraucher ist klar: Nutzer wollen auch im Internet die Kontrolle über ihre eigenen Daten behalten. Sie möchten lenken können, wer was über sie weiß. Aber gleichzeitig möchten sie nicht seitenlange Erklärungen lesen und dauernd ein Häkchen für die Einwilligung in die Datenverarbeitung setzen müssen. Dazu kommt, dass ich meiner Bank freiwillig andere Daten übermittle als Facebook oder Google. Studien sagen uns, die meisten Nutzer fühlen sich mit der Entscheidung überfordert und vertrauen deshalb darauf, dass die Voreinstellung schon „richtig“ ist. Was also tun, damit Datenschutz gewährleistet ist und ich dennoch einfach und unkompliziert meine Einwilligungen selbstbestimmt „managen“ kann?

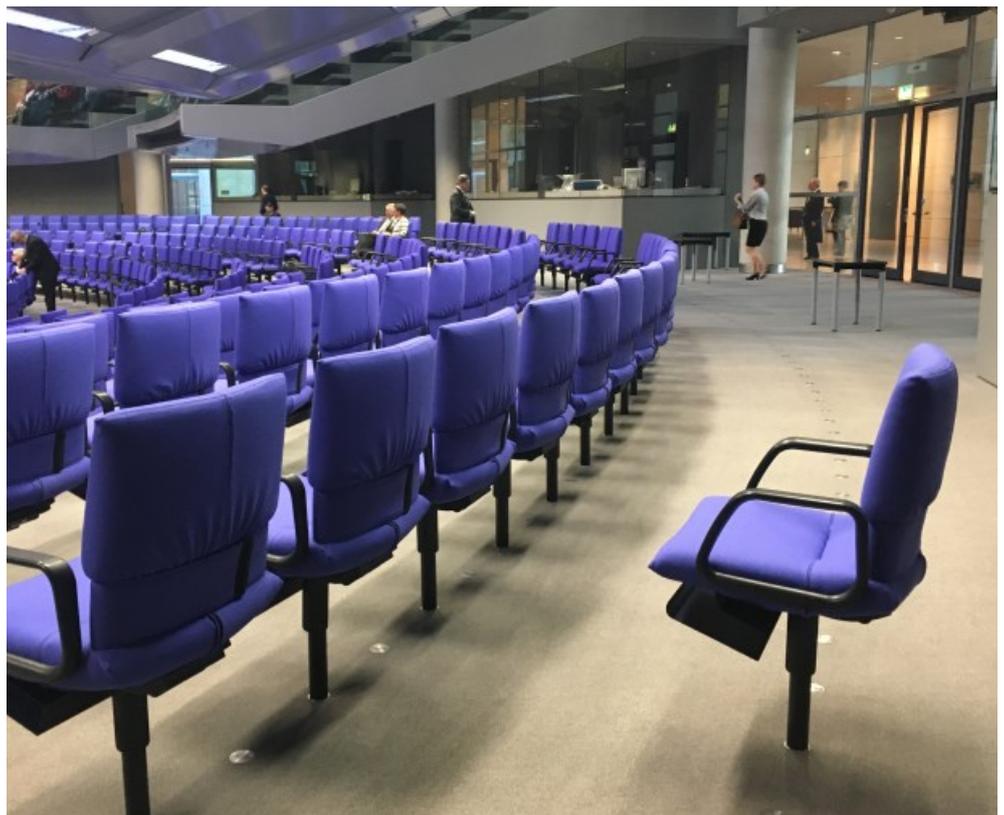


Derzeit werden technische „Helferlein“ in der Forschung entwickelt. Die Idee ist einfach. Man legt einmal fest, wer welche Daten haben darf. Diese Information wird an einer zentralen Stelle gespeichert auf die jeder neue Dienst, bei dem ich mich anmelde, zugreifen kann. Das Programm gibt dann vor, was jemand mit meinen Daten machen darf und was nicht. Dieser Gedanke steht hinter sogenannten „PIMS“ (Privacy Information Management Systems).

Ein weiterer Forschungsbereich sind maschinenlesbare Datenschutzerklärungen. Dies wäre nicht nur für Verbraucher eine große Erleichterung, auch mittelständische Betriebe haben daran ein starkes Interesse daran. Mit wenig Aufwand könnten sie datenschutzkonforme Verträge anbieten. Ich glaube, dass mit der Datenschutzgrundverordnung und ihren Bußgeldvorschriften der Bedarf an solchen Lösungen steigen wird. Ein spannendes Thema, das ich weiter begleiten werde.

Erika Steinbach verlässt die Unionsfraktion

Erika Steinbach hat mit großen medialen Aufschlag den Abschied aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU Deutschlands vollzogen. Die Entkoppelung Erika Steinbachs von Partei und Fraktion hat sich schon seit einigen Jahren entwickelt. Für viele in der Fraktion und auch in der Gesellschaft haben ihre Aussagen zuletzt zu Kopfschütteln geführt. Fremdschämen und Verärgerung fühlte ich bei vielen ihrer Aussagen. Die Union als Volkspartei hat viele Strömungen, genauso wie wir in der Gesellschaft unterschiedliche Gedanken haben. Eine Meinung gilt es zu respektieren, sie als einzig richtige darzustellen, ist töricht. Daher ist es nur konsequent, hier jetzt einen Schlussstrich zu ziehen.



Opfer gedenken, Tatgeschehen aufklären, innere Sicherheit ausbauen

Wir werden in dieser Woche zu Beginn des neuen Jahres nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und in den Endspurt dieser Wahlperiode eintreten. Am Abend des 19. Dezember haben auf dem Berliner Breitscheidplatz zwölf Menschen ihr Leben durch einen gewaltsamen Terroranschlag verloren. Zahlreiche Opfer wurden zum Teil schwer verletzt, noch heute sind einige von ihnen in Krankenhäusern. In einem Gottesdienst in der Berliner Gedächtniskirche haben wir der Opfer und ihrer Angehörigen in würdiger Weise gedacht. Zu Beginn des Plenums in dieser Woche werden im Andenken an die Opfer inne halten. Unsere Gedanken sind bei ihnen und ihren Familien.

Das Geschehene muss lückenlos aufgeklärt wird. Es gilt vorurteilsfrei zu klären, wie ein Anschlag durch einen als Gefährder eingestuften Islamisten passieren konnte. Einen ersten Bericht zur Chronologie der Ereignisse hat die Bundesregierung unter Einbeziehung der betroffenen Bundesländer vorgelegt. Wir haben uns in der Koalition darauf verständigt, dass eine Task-force des Parlamentarischen Kontrollgremiums in einem ersten Schritt im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Hintergründe der Tat beleuchtet. Nach Vorlage des Berichts werden wir zeitnah entscheiden, wie sich der Deutsche Bundestag weiter mit der Aufklärung und den notwendigen Konsequenzen

befassen wird. Wir bleiben offen für einen Untersuchungsausschuss. Einen Sonderermittler halten wir nicht für zielführend.

Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits eine Menge bei der inneren Sicherheit erreicht, wir haben das Personal bei den Sicherheitsbehörden deutlich aufgestockt und ihre Befugnisse ausgeweitet. Wir sind uns aber in der Koalition einig, weitere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit auf den Weg zu bringen wie etwa einen weitergehenden Einsatz von Fußfesseln gegen Gefährder. Bundesinnenminister de Maizière hatte bereits im Oktober letzten Jahres konkrete Vorschläge für die Senkung der Hürden bei der Abschiebehaft und eine Verlängerung des Ausreisegehwahrsams vorgelegt, die der Koalitionspartner damals abgelehnt hat. Wir begrüßen, dass nunmehr eine Einigung innerhalb der Koalition erzielt werden konnte.

Wichtig ist es, nicht nur die Konstellation des jüngsten Terroranschlags im Blick zu haben, sondern insgesamt noch besser gegen terroristische Gefahren gewappnet zu sein. Dabei muss auch grundsätzlich über die Sicherheitsarchitektur nachgedacht werden. Mit Blick auf die Kompetenzen in Bund und Ländern darf es keine Denkverbote geben.

Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen

Den Gesetzentwurf von Bundesminister Maas zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls haben wir gestoppt. Wir wollen, dass der Einbruchdiebstahl

mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird und so die Einstellung von Verfahren schwerer wird. Zudem sollen die Strafermittlungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung dieser Straftaten einsetzen können. Dies sieht der Gesetzentwurf von Bundesminister Maas bisher nicht vor. Wir fordern nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben, und werden darüber auch öffentlich diskutieren.

Hasskommentaren im Netz effektiver begegnen

Soziale Medien bieten völlig neue Möglichkeiten der politischen Kommunikation, das erleben wir national wie international. Sie bergen aber auch Gefahren. Zunehmend sind Facebook, Twitter und Co. zu Plattformen geworden, auf denen Falschmeldungen und Hassbotschaften verbreitet und andere Menschen herabgewürdigt werden. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die Personen, die diese Meldungen erstellen. Die Betreiber sozialer Medien tragen jedoch eine Mitverantwortung, da sie die Instrumente für eine massenhafte Verbreitung zur Verfügung stellen.

Die Union hat schon frühzeitig gefordert, dass rechtswidrige Kommentare in sozialen Medien schnellstmöglich wieder gelöscht werden sollen. Es gilt, die bereits bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen effektiver auszugestalten und durchzusetzen.

Die von Hetze Betroffenen müssen schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb wollen wir die Betreiber verpflichten, leicht zugängliche Beschwerdestellen vorzuhalten und innerhalb von 24 Stunden auf gemeldet Hasskommentare und verleumderische Fake-News zu reagieren. Ansonsten soll eine empfindliche Strafzahlung erfolgen. Das Bußgeld muss wirken und im Zweifel auch weh tun. Es geht neben dem Schutz der Persönlichkeit um nicht mehr und nicht weniger als den Schutz unserer Demokratie, deren Grundlage in einem offenen Meinungsaustausch im Rahmen der Rechtsordnung besteht. Wir begrüßen, dass der Bundesjustizminister nun den Weg der runden Tische mit den Plattformbetreibern verlassen hat und er-

warten, dass er nun sehr zeitnah zusammen mit dem für das Telemediengesetz zuständigen Bundeswirtschaftsminister einen Gesetzentwurf vorlegt. Die Fraktion wird sich am Mittwoch in einem Fachgespräch intensiv diesem Thema widmen und anschließend ihre Position weiter konkretisieren.

Bundespolitik für starke ländliche Räume

Rund 90 % der Fläche Deutschlands sind ländliche Räume. Dort leben etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger und der überwiegende Teil unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft, des Handwerks und des verarbeitenden Gewerbes schaffen

„auf dem Land“ unseren Wohlstand.

Die Union steht für starke ländliche Räume und arbeitet kontinuierlich daran, die Bedingungen für ihre Entwicklung zu verbessern. Für die Leistungsfähigkeit und eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum brauchen wir gute Verkehrswege, schnelle Internetverbindungen und eine zukunftsorientierte Landwirtschaft.

Wie wichtig eine gute Infrastruktur im umfassenden Sinne gerade für die Wirtschaft ist, hat der neue BDI-Präsident Prof. Kempf jüngst verdeutlicht: 2/3 der Arbeitsplätze befinden sich im ländlichen Raum. Wir müssen als Partei der ländlichen Räume dafür sorgen, dass dies so bleibt.

Daten und Fakten

Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch. Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 % zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit + 4,2 % sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 % zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Baugewerbes, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aufwärtstrend beim Nachwuchs. Die Geburtenrate in Deutschland hat im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1,50 Kindern je Frau erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer den höchsten Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die positive Entwicklung bei der Zahl der Neugeborenen seit dem Jahr 2012 fort. Besonders viele Kinder wurden in den ostdeutschen Bundesländern geboren, im Schnitt 1,56 Kinder je Frau. Entsprechend führen Sachsen (1,59), Thüringen (1,56) und Mecklenburg-Vorpommern (1,55) als Spitzengruppe das Länderranking an. Das durchschnittliche Alter der Mütter blieb fast unverändert bei 31 Jahren. Die Mütter der Erstgeborenen waren 2015 durchschnittlich 29 Jahre und 7 Monate alt. Beim zweiten beziehungsweise dritten Kind waren die Mütter knapp 32 beziehungsweise 33 Jahre alt.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Statistisches Bundesamt)